

Der Schweiz wird es mit dem EU-Rahmenabkommen weit besser gehen als ohne

Neue Zürcher Zeitung - 06.04.2021



Die Schweiz würde mit einem blossen Freihandelsabkommen mit der EU weder die Grenzkontrollen abschaffen können noch die Niederlassung von 465 000 Schweizern in EU Ländern ermöglichen. Das Rahmenabkommen ist für unser Land zentral.

Yves Mirabaud
Präsident der Vereinigung Schweizerischer Privatbanken

Die ersten sieben bilateralen Abkommen, die 1999 abgeschlossen wurden, haben der Schweiz den Zugang zum EU-Binnenmarkt ohne Verpflichtung zur Übernahme von EU-Recht ermöglicht. Die EU hatte darauf verzichtet, da die Schweiz damals ein Beitrittsgeuch gestellt hatte, was eine Angleichung erwarten liess. Nachdem die Schweiz ihr Beitrittsgeuch zurückgezogen hat, verlangt die EU nun ganz einfach das, was sie auch von den EWR-Ländern fordert: die Anwendung von EU-Recht auf Geschäfte, die innerhalb ihres Binnenmarktes abgeschlossen werden.

Die Klarstellungen

Das ist auch nicht so schmerzlich. Tatsächlich verfolgt die Schweiz seit mehr als 20 Jahren eine selbstbestimmte Politik der Anpassung an das EU-Recht, weil es in ihrem Interesse liegt. Das hat nur selten zu einer Volksabstimmung geführt. Das Bundesgericht folgt auch im Bereich des Marktzugangs bereits weitgehend der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs. Deshalb muss man sich vor einer dynamischen Rechtsübernahme nicht fürchten, die darüber hinaus immer durch das Parlament oder das Volk abgelehnt werden kann.

Die EU hat sogar Zugeständnisse in Bezug auf die schweizerischen Besonderheiten gemacht, insbesondere durch die Beschränkung des Geltungsbereichs des Rahmenabkommens auf nur fünf Marktzugangsabkommen von 1999, die schon durch eine Guillotine-Klausel miteinander verbunden sind. Die vom Bundesrat im Juni 2019 geforderten Klarstellungen dienen dazu, negative und böswillige Interpretationen des Rahmenabkommens auszuschliessen.

Im Rahmenabkommen findet die Unionsbürgerrichtlinie bewusst keine Erwähnung. Für ihre Übernahme wären Verhandlungen erforderlich, die die EU auch bei einer Ablehnung des Rahmenabkommens verlangen kann. Mit dem Abkommen könnte die EU bei einer Ablehnung der Übernahme der Richtlinie jedoch nur verhältnismässige Ausgleichsmassnahmen ergreifen. Zudem würden gemäss einer Analyse von Avenir Suisse die Kosten für die Sozialhilfe mit der Richtlinie um höchstens 75 Millionen Franken steigen, da ein EU-Bürger 27 Monate warten müsste, bis er sie beantragen könnte.

Das Rahmenabkommen sieht Regeln für staatliche Beihilfen nur beim Luftverkehrsabkommen (mit massgeschneiderten Ausnahmen) und bei künftigen Marktzugangsabkommen vor. Nichts hindert die Schweiz daran, auf ein neues Abkommen (zum Beispiel im Energiebereich) zu verzichten, falls sich dieses als zu restriktiv erweisen sollte. Fest steht hingegen, dass es ohne Rahmenabkommen keine neuen Marktzugangsabkommen geben wird.

Einzigartiger bilateraler Weg

Das Prinzip «gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort» ist auch in den EU-Richtlinien verankert. Die EU kritisiert die Schweizer Kontrollmassnahmen nicht grundsätzlich, findet sie jedoch unverhältnismässig. Im Abkommen sind daher flankierende Massnahmen vorgesehen, die zwar etwas weniger umfangreich als die jetzigen, aber breiter angelegt sind als diejenigen der EU-Mitgliedstaaten und die zudem von Kritik verschont bleiben werden. Ohne Rahmenabkommen wird die EU weiter gegen die gegenwärtigen Massnahmen protestieren. Mit dem Rahmenabkommen dürfte die EU die Kontrollen der Sozialpartner bestätigen.

Die Schweiz hat mit der EU einen einzigartigen bilateralen Weg gewählt. Ein Freihandelsabkommen wie zwischen Grossbritannien und der EU würde weder die Abschaffung der Grenzkontrollen noch die Niederlassung von 465 000 Schweizern in EU-Ländern ermöglichen. Mit dem Rahmenabkommen könnte die Schweiz die Abschaffung der Roaming-Gebühren, einen europäischen Pass für bestimmte Finanzdienstleistungen, den Zugang zum europäischen Energiemarkt und die weitere Teilnahme an EU-Forschungsprogrammen aushandeln. Muss es zuerst zu einer Krise in einem Wirtschaftsbereich kommen, bevor wir dies zugeben?

Yves Mirabaud ist Präsident der Vereinigung Schweizerischer Privatbanken.